



Die »neue« Bundeswehr: Werbung und Wirklichkeit

1. Das neue Image des Militärs

Das Militär hat wieder Konjunktur in Deutschland. Uns blicken zufriedene junge Leute in smarter Uniform auf Werbebannern im Internet oder in der U-Bahn entgegen. Auf Plakaten fahren junge Frauen lächelnd einen Jeep. BRAVO lädt Kinder zum »B(undes)W(ehr)-Adventure-Camp« ein. Im Schulunterricht erzählen Jugendoffiziere 16-Jährigen, warum der Einsatz im Ausland notwendig ist. Das Militär ist in der Offensive, wenn auch – vorläufig – im Inland nur in Form einer Image-Kampagne. Warum eigentlich?

Jede Armee benötigt Legitimität. Ihre Existenz, und ihr Auftrag müssen in der Öffentlichkeit gerechtfertigt werden, besonders dann wenn dieser Auftrag geändert wird. Gleichzeitig fehlen der Bundeswehr Rekruten. Die, die kommen, bleiben zu selten. Allein in der zweiten Jahreshälfte 2011 machten über 27 Prozent der neuen

Rekruten von ihrem Recht Gebrauch, innerhalb der ersten sechs Monate den Dienst zu quittieren.



Viele junge Leute beginnen ihren Dienst bei der Bundeswehr, weil sie auf einen sicheren Arbeitsplatz hoffen. Sie hoffen auf einen Arbeitsplatz, der Kameradschaft bietet und zugleich zur Friedenssicherung beiträgt. Doch wenn sie erst einmal bei der Bundeswehr sind, erkennen viele: Sie werden für einen ganz anderen Zweck gebraucht.

Die Bundeswehr befindet sich seit den 90er Jahren im Umbau. Aus einer auf Landesverteidigung ausgerichteten Wehrpflichtigen-Armee soll eine immer mehr international eingreiffähige Berufarmee werden. Die Bundeswehr wird seit-

dem zunehmend in Auslandseinsätze geschickt. Seit 2001 beteiligt sich die Bundeswehr im Auftrag der Regierungen Schröder und Merkel an einem blutigen Besatzungskrieg der NATO in Afghanistan. Die Bundeswehr soll sogar befähigt werden, zwei Kriege einer solchen Größenordnung zu führen.

Kameradschaft, Abenteuer und ein sicherer Arbeitsplatz? In der Diskussion um Militär und seinen Einsatz wird die Gewalt, die die jungen Leute im Ausland tatsächlich erwartet, systematisch ausgeblendet. Denn nur so können junge Leute in ausreichender Zahl dazu gebracht werden, sich für einen Beruf zu interessieren, in dem es ums Töten geht. Oder ums Getötet werden. Nirgends kommen die Opfer der NATO-Kriege zu Wort. Auch nicht wird von Familien erzählt, die mit Soldaten klarkommen müssen, die nach ihrer Rückkehr traumatisiert oder schwerverletzt einen Weg zurück ins zivile Leben suchen.

Diese Ausstellung soll die Methoden einer schleichenden Militarisierung der Öffentlichkeit zeigen, für die jedes Jahr Millionen an Steuergeldern bereitgestellt werden. Und sie soll – anhand authentischer Schicksale – zeigen, wie die Wirklichkeit hinter jenem aufgehübschten Image aussehen kann, das die »neue« Bundeswehr uns als Wahrheit verkaufen möchte.



2. Die »neue« Bundeswehr in der Politik

Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg schworen sich die meisten Deutschen in Ost und West: »Nie wieder Krieg von deutschem Boden!« Und auch die Wiedervereinigung 1990 war für viele gleichbedeutend mit der Hoffnung auf dauerhaften Frieden zwischen Ost und West. Doch führende Politiker von Union und SPD nutzten das Ende des Kalten Krieges nur dazu, die bisherige militärische Zurückhaltung zu beseitigen. Der damalige Verteidigungsminister Rühle (CDU) gab schon 1991 das Motto aus: »Die Deutschen müssen wieder an Krieg gewöhnt werden!«

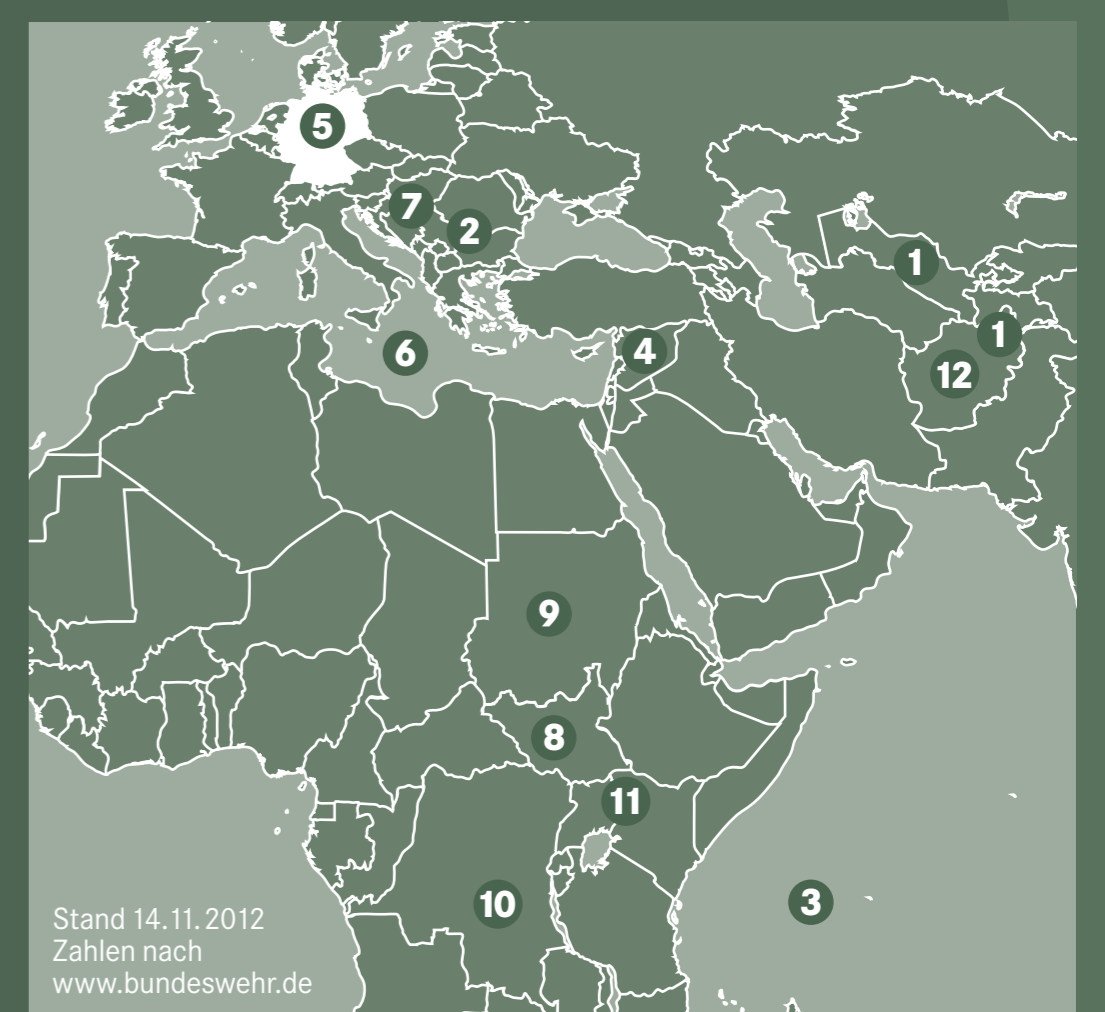
Als 1998 die rot-grüne Regierung unter Kanzler Schröder die Macht übernahm, beschleunigte sie diesen Kurs. 1999 rechtfertigte der damalige Außenminister Fischer (Grüne) die Beteiligung der Bundeswehr am NATO-Angriffskrieg gegen Jugoslawien mit einer Lüge. Verteidigungsminister Struck (SPD) behauptete dann 2001, die Sicherheit Deutschlands werde »auch am Hindukusch verteidigt«. Deutsche Soldaten beteiligen sich seitdem am Krieg in Afghanistan, dessen Ende auch nach über elf Jahren nicht in Sicht ist.

Heute behauptet Verteidigungsminister Thomas de Maizière schon, es gebe keine Region auf der Erde mehr, »wo die Bundeswehr nichts zu suchen hätte.«¹ Und für Bundespräsident Gauck (Foto) ist der Tod deutscher Soldaten heutzutage ein »Erfordernis für eine funktionierende Demokratie.«² Das ist derselbe Gauck, der sich früher immer so gern auf die oppositionelle Friedensbewegung in der DDR bezog.

Die Entsendung der Bundeswehr wurde stets mit der Wahrung oder Wiederherstellung der Menschenrechte oder anderer nobler Motivationen begründet. Doch, ganz gleich ob Somalia, Kosovo, Kongo oder Afghanistan: Keinem einzigen der Einsatzländer brachten die Bundeswehr und die verbündeten Militärmächte eine Lösung der internen Probleme oder gar Frieden.

Das stört die Parteien von Union bis Grüne wenig, die im Bundestag jedes Jahr die Fortsetzung dieser Einsätze beschließen. Im Denken der deutschen politischen Elite ist der Einsatz von bewaffneter Gewalt und Krieg zu einem »ganz normalen« politischen Mittel geworden. Nur die Bevölkerung, die mehrheitlich noch immer gegen Einsätze wie den in Afghanistan ist, muss noch überzeugt werden. Das ist der Grund, warum die Militarisierung systematisch in den öffentlichen Raum, die Medien und die Schulen getragen wird.

[1] Thomas de Maizière im Interview des MDR, 1.7.2012.
[2] Joachim Gauck in der Rede bei der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg am 12.6.2012 – siehe Foto.



Aktuelle Bundeswehreinätze

- 1) ISAF: NATO-Mission, 4.662 Soldaten
- 2) KFOR: NATO-Mission, 1.250 Soldaten
- 3) Atalanta: EU-Mission, 340 Soldaten
- 4) UNIFIL: UN-Mission, 189 Soldaten
- 5) Strategischer Verwundetentransport, STRATAIRMEDE-VAC: NATO-Mission, 41 Soldaten
- 6) Operation Active Endeavour: NATO-Mission, 218 Soldaten
- 7) EUFOR: EU-Mission, derzeit keine Soldaten
- 8) UNMISS: UN-Mission, 17 Soldaten,
- 9) UNAMID: AU/UN-Hybrid-Operation, 10 Soldaten
- 10) EUSEC RD Congo: EU-Mission, 3 Soldaten
- 11) EUTM Somalia: EU-Mission, 20 Soldaten
- 12) UNAMA: UN-Mission, 1 Soldat



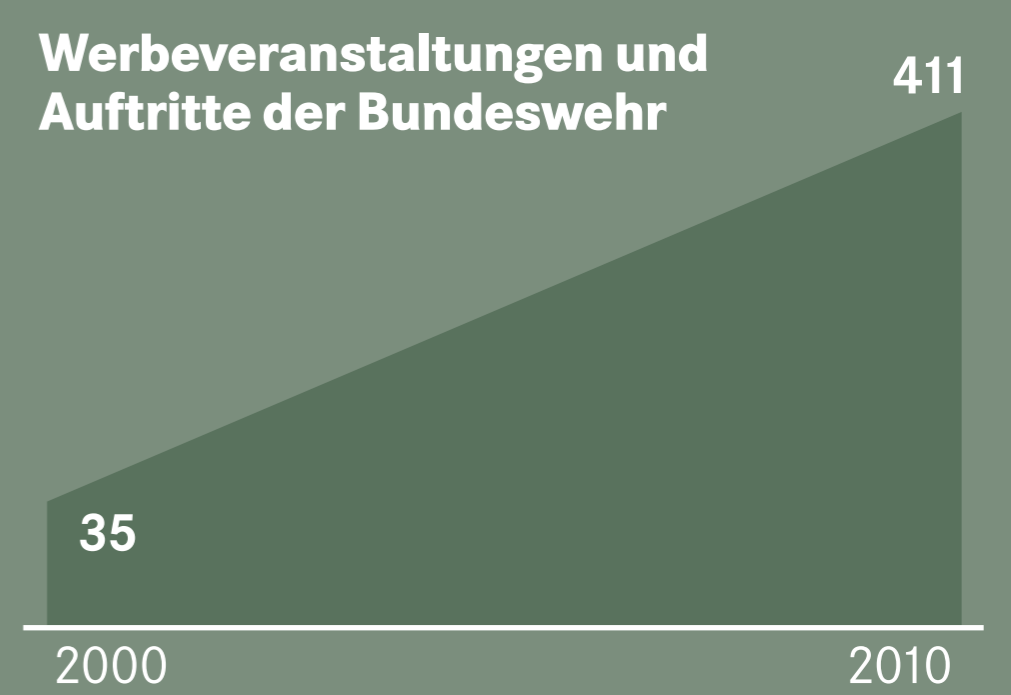
3. Die »neue« Bundeswehr im öffentlichen Raum

Die Selbstinszenierung der »neuen« Bundeswehr beginnt mitten im Alltag – im Straßenbild. Die Anzahl der öffentlichen Gelöbnisse steigt seit 2007 stetig an, ebenso die Teilnahme der Bundeswehr an Ausstellungen und Jobmessen. Allein im dritten Quartal 2012 nahmen die Werbeteams der Armee an 227 Ausstellungen mit eigenem Stand teil. Die Bundeswehr verfügt sogar über eigene Info-Trucks, die Eindruck erzeugen sollen.

Gelöbnisse sind die pompöseste Art der Selbstdarstellung des Militärs. Durch die Feierlichkeit der Zeremonie und die Anwesenheit der Verwandten der Soldaten soll eine enge Beziehung zwischen Armee und Bevölkerung suggeriert werden.

Auf Berufsmessen will sich die Bundeswehr als ganz normaler Arbeitgeber darstellen. Bei Sportfesten lockt sie Kinder mit Kletterwänden und hochwertigem Sportgerät. Auf traditionellen Stadtfesten wird selbst großes Kriegsgerät öffentlich ausgestellt – die Bundeswehr will damit Neugier und Technikbegeisterung von Minderjährigen ansprechen (siehe Foto). Solche Verführungsversuche sind politisch gewollt: Im Frühjahr 2012 lehnten die Regierungsparteien CDU/CSU und FDP im Bundestag einen Antrag der Opposition ab, den Zugang von Kindern und Jugendlichen zu Großwaffensystemen wie Panzern auf öffentlichen Veranstaltungen einzuschränken.

Zunehmend tritt die Bundeswehr auch selbst als Ausrichter von Großveranstaltungen auf. So führt die sogenannte Abteilung »Jugendmarketing« der Bundeswehr Wettkampfveranstaltungen wie »BW-Olympix« oder »BW-Musix« durch. Nach eigenen Angaben zielt die Armee darauf ab, in Erst-Kontakt mit Jugendlichen zwischen 14 und 17 Jahren zu kommen. Die Bundeswehr bezahlt auch vermehrt Vereine oder private Bildungseinrichtungen für die Abhaltung sicherheitspolitischer Seminare – um den Standpunkt des Militärs unter dem Deckmantel ziviler Organisationen verbreiten zu können.¹



Die unsichere Lage auf dem Arbeitsmarkt ist der größte Verbündete der Bundeswehr. Seit 2010 haben sich die Agenturen für Arbeit in einem Kooperationsabkommen formell verpflichtet, die Bundeswehr aktiv bei der Rekrutierung zu unterstützen. Die Kooperation mit den Arbeitsagenturen verstärkt bei Arbeitssuchenden den fatalen Eindruck, es handle sich bei der Bundeswehr um einen Arbeitgeber wie jeder andere auch.

Die Bundeswehr wirbt auch immer häufiger im öffentlichen Raum durch Anzeigen, besonders in strukturschwachen Gegenden. Allein der Etat für Werbeanzeigen in Zeitungen und Zeitschriften ist von 2009 bis 2011 von 3,9 Millionen auf 5,3 Millionen jährlich gestiegen.

[1] siehe Frankfurter Rundschau vom 18. 7. 2011.



4. Die »neue« Bundeswehr in den Medien



Dieses Bild aus einem Videoclip des Radiosenders Kiss FM zeigt, wie die Bundeswehr an ein junges Publikum verkauft wird. Die Moderatorin in Tarnfarbe hebt die Distanz zur Armee auf. Die lässige Haltung der Männer mit Gewehren im Hintergrund vermittelt: Uniform und Waffen zu tragen ist cool und sexy – auch du kannst zu der verwegenen Truppe gehören. Denselben Mix aus Abenteuerlust und Selbstbehauptung strahlen die Vorabend-Dokus über den Bundeswehr-Dienst aus.

In den deutschen Medien kommt Krieg vor allem im Bezug auf den Bundeswehreinsatz in Afghanistan vor. Trotz vorgeblicher Pluralität stellen die meisten Berichte die grundsätzliche Berechtigung von Kriegseinsätzen im Ausland aber gar nicht erst in Frage. Stattdessen vermitteln eine Reihe von Sendungen dem Zuschauer den Auslandseinsatz als Abenteuer. Lebensgefahr und Tod verlieren ihren Schrecken, wenn sie als Stilmittel zur Erzeugung von Spannung eingesetzt werden, wie in den Doku-Soaps »Sonja Zietlow bei der Bundeswehr« und der Nachfolgeserie »Frontfrauen – Blond und schwerbewaffnet«. Diese TV-Formate sind mit ihren weiblichen Identifikationsfiguren speziell auf ein junges weibliches Publikum ausgerichtet. Technikbegeisterte männliche Jugendliche werden durch Bundeswehr-bezogene Beiträge in Sendereihen wie »Welt der Wunder« oder »N24 Wissen« angesprochen. In diesen Sendeformaten werden regelmäßig moderne Schlachtschiffe, Kampfflugzeuge oder Panzertechnik in dramatischer Aufmachung präsentiert – alles mit freundlicher Unterstützung des Presse- und Informationszentrums der Bundeswehr.

Diese Art der offenen Zusammenarbeit zwischen Fernsehsendern und Bundeswehr gibt es seit 2006. Pionier war die ZDF-Serie »Die Rettungsflyer«. Ein Sendeformat für die ganze Familie, in dem Soldaten als Lebensretter in Szene gesetzt werden. Die Realität des Krieges kommt in all diesen Sendungen nicht vor. Der Krieg wird sterilisiert, um den Dienst in der Bundeswehr als normalen, spannenden, ja noblen Job darzustellen.

Ein wichtiger Teil der PR-Strategie der Bundeswehr sind überdies ihre eigenen Medien. Sie betreibt einen YouTube-Kanal im Internet und verfügt mit Bundeswehr-TV über eine eigene Rundfunkstation. Während die Bundeswehr bei der Einflussnahme auf Programme in öffentlichen und privaten Fernsehsendern mit subtilen Mitteln arbeitet, lässt sie angesichts akuter Rekrutierungsprobleme in den eigenen Medien und Werbeveranstaltungen jede Zurückhaltung fallen. Jüngster Höhepunkt im Sommer 2012 war ein von der Bundeswehr gesponsertes »Adventure-Camp«, das in Zusammenarbeit mit BRAVO in schrillen Spots Kinder und Jugendliche zum Mitmachen an einer als Urlaub getarnten PR-Maßnahme animierte.



5. Die »neue« Bundeswehr in den Schulen



Auch vor den Schulen macht die Bundeswehr keinen Halt mehr. Vergessen sind die Zeiten der deutschen Teilung, in denen sich die beiden deutschen Staaten in Ost und West noch gegenseitig die Militarisierung des Schulunterrichts vorwarfen.

Bereits seit den fünfziger Jahren setzt die Bundeswehr sogenannte Jugendoffiziere ein, um Schüler ideologisch zu beeinflussen. Dies wird seit einigen Jahren forciert: In einer Reihe von CDU- und SPD-geführten Bundesländern haben Kultusministerien und Bundeswehr Kooperationsabkommen vereinbart, die den freien Zugang von Offizieren zu den Bildungseinrichtungen regeln. Laut dieser Abkommen sollen die Offiziere »über (die) ... zur Friedenssicherung mögliche(n) Instrumente der Politik« informieren. Aber warum sollen ausgerechnet Militärs das am besten können, und nicht z. B. Wissenschaftler oder gut ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer?

Veranstaltungen in Schulen

	Jugendoffiziere	Wehrdienstberater
2003	3143	k.A.
2004	4224	k.A.
2005	4628	k.A.
2005	4943	11145
2007	5064	11240
2008	5129	13756
2009	4415	12648
2010	5352	12935
2011	5421	11760

Offiziell heißt es, dass »Jugendoffiziere nicht für Tätigkeiten innerhalb der Bundeswehr werben« dürften. Das brauchen sie auch nicht. Ihre Anwesenheit selbst ist bereits Werbung für die Bundeswehr. Die Jugendoffiziere werden so ausgebildet,

dass sie auf kritische Nachfragen souverän antworten. Sie geben sich offen, professionell und integer. Durch die Übernahme der Lehrveranstaltung werden sie den Schülern gegenüber als vermeintlich neutrale Experten für internationale Politik präsentiert. Gleichzeitig werden die Besuche von Jugendoffizieren häufig durch die Präsenz von Infotrucks der Bundeswehr begleitet, in denen den Schülern zur selben Zeit Karrierewege in der Armee schmackhaft gemacht werden.

Die Anwesenheit von Jugendoffizieren im Unterricht gibt dem Militär ein harmloses Gesicht. Die Jugendoffiziere arbeiten daran, berechtigte Ängste vor den Risiken eines Militäreinsatzes zu verdrängen. Sie arbeiten daran, dem Krieg im Ausland in der Vorstellung der jungen Zuhörer seinen realen Schrecken zu nehmen. In den Augen vieler Experten verstößt dieser Einsatz der Bundeswehr an den Schulen gegen den Beutelsbacher Konsens. Dagegen protestiert nur eine der im Bundestag vertretenen Parteien: DIE LINKE.

Der Beutelsbacher Konsens

Der Beutelsbacher Konsens ist eine Vereinbarung zur politischen Bildung in der Bundesrepublik, die nicht zuletzt auch aus der Kriegspropaganda des 3. Reiches Lehren ziehen soll. Sie verbietet, dass Minderjährige in der Schule indoktriniert werden. Wesentlich ist hier das sogenannte Überwältigungsverbot. Es untersagt, dass eine bestimmte Sicht einseitig vermittelt wird, ohne dass die Schüler Kenntnis davon erhalten, dass es auch andere Auffassungen und Sichten auf das jeweilige Problem gibt. Der Einsatz von Jugendoffizieren stellt in den Augen vieler Experten eine Verletzung dieses Konsens dar.



6. Abdul Hanan: »Ihnen fehlten die Arme und Beine«



Die Regierungen Schröder und Merkel waren seit jeher bemüht, die Wirklichkeit der Auslandseinsätze aus dem öffentlichen Bewusstsein fernzuhalten. Lange Zeit haben sie zum Beispiel sogar behauptet, dass die Bundeswehr sich in Afghanistan überhaupt nicht im Krieg befände. Die Regierenden sprechen auch heute lieber von der Stabilisierung des Landes, von Bündnisverpflichtungen. Entwicklungshilfe leistet die Bundeswehr aber nicht. In Afghanistan herrscht Krieg – und die Bundeswehr ist aktiver Teil dieses Krieges – mit all seinen Schrecken. Dem Töten von Zivilisten zum Beispiel.

zu den Tanklastzügen. Über 140 Zivilisten, darunter viele Kinder, kamen bei der Bombardierung ums Leben. Abdul Hanan war Zeuge des Bombenangriffs von Kundus:

»Gegen 23 Uhr kamen unsere Nachbarn zu uns und riefen: ›... Hier gibt's Diesel umsonst!‹ Meine Söhne wollten unbedingt hin, ich war einverstanden. Sie hatten Metallkanister in der Hand, als sie losgingen. Es war das letzte Mal, dass ich sie lebendig gesehen habe. San Ullah war elf und Abdul Saian zwölf Jahre alt. Ich hörte die Bomben. Dann bin ich sofort losgerannt. Sie waren komplett verbrannt. Ihnen fehlten die Arme und Beine.«

Getötete Zivilisten pro Jahr



Über zehn Jahre nach Beginn des NATO-Einsatzes in Afghanistan fehlt es noch immer an einer tragfähigen Perspektive für eine friedliche Entwicklung des Landes. Selbst die offiziellen Statistiken weisen aus, dass zwischen 2007 und 2011 die Zahl der getöteten Zivilisten ständig steigt. Die Dunkelziffer dürfte um ein Vielfaches höher sein.

Am 4. September 2009 orderte ein Oberst der Bundeswehr den Einsatz von Kampfflugzeugen der NATO, angeblich um eine Gruppierung Aufständischer zu bekämpfen. Aufständische hatten zwei Tanklastzüge mit Diesel entführt. Die Tankwagen waren in der Nähe eines Dorfes stecken geblieben. Viele Dorfbewohner liefen

Der Kriegseinsatz der Bundeswehr in Afghanistan zeigt beispielhaft, dass die militärischen Interventionen des Westens nicht zu einer Lösung oder Befriedung von Konflikten in den Ländern des globalen Südens führen, sondern die bestehenden Probleme verschlimmern. Aufbauhilfe, Entwicklung, gar der Schutz der Menschenrechte – diese wohlfeilen Rechtfertigungen für den Einsatz der Bundeswehr haben mit der Realität solcher Einsätze nichts zu tun. Einen »sauberen« Krieg gibt es nicht.



7. Marc: »Ich bin zur Bundeswehr, weil ich keine Alternative sah«

Oft gehen Menschen nur aus sozialer Not zur Armee. Das zeigt Marc M. aus dem Taunuskreis. Er schied nach Schikanen durch vorgesetzte Offiziere aus der Bundeswehr aus:



Foto: Natalie Dreibus

»Ich wollte eigentlich nie zum Bund. Ich hatte mit 18 Jahren keinen Schulabschluss und nahm an einer Maßnahme der Arbeitsagentur teil. 2006 zog ich mit meiner Freundin zusammen und wir konnten die Wohnung nicht mehr finanzieren, weil ich aus der Maßnahme geflogen bin. Ich bin hingegangen, da ich gehört hatte, dass man bei der Bundeswehr auch einen Schulabschluss machen konnte. Zu dieser Zeit hatte ich ansonsten keinerlei Perspektive oder Alternative.«

Bei den Auslandseinsätzen der Bundeswehr sind bis heute 101 Soldaten ums Leben gekommen.

Die Bundeswehr veröffentlicht keine Zahlen zum sozialen Hintergrund ihrer Soldaten. Doch es kam im Sommer 2012 heraus, dass mehr als 50 Prozent der in Afghanistan gefallenen Soldaten Ostdeutsche oder Spätaussiedler sind. Der an einer Bundeswehr-Universität lehrende Professor Michael Wolfssohn musste einräumen: *»Die Zahlen verdeutlichen, dass mehrheitlich junge Menschen aus wirtschaftlich schwachen Regionen oder Schichten die gefährliche Last der Auslandseinsätze tragen.«* Unter den kämpfenden Mannschaften in Afghanistan befinden sich 50 Prozent Ostdeutsche, obwohl sie nur 16 Prozent der Gesamtbevölkerung darstellen. Nicht nur Ostdeutsche, auch Soldaten aus

strukturschwachen Gebieten in Westdeutschland werden besonders oft nach Afghanistan geschickt. Weil es auch in diesen Gegenden an sozialen Perspektiven mangelt, betreibt die Bundeswehr dort auch massiv Werbung. Den ökonomischen Zwang, der auf den Arbeitssuchenden dort lastet, »nutzen wir auch aus«, gab ein Werbeoffizier der Bundeswehr 2007 zu.

Ein Bundeswehrgoldat aus einer solch strukturschwachen Gegend um das hessische Fulda starb 2010 an den Folgen einer Kriegsverletzung. Die Fuldaer DGB-Kreisvorsitzende Karin Masche nahm an der Trauerfeier für ihn teil. Sie kritisiert die offiziellen Trauerreden:

»Bei der Beerdigung wurde viel über seinen Tod fürs Vaterland schwadroniert. Aber dass der Mann zur Bundeswehr gegangen war, weil er keine Chance auf einen zivilen Job hatte, wurde verschwiegen.«

Seit 2011 ist die Wehrpflicht in der Bundesrepublik faktisch abgeschafft. Droht die Bundeswehr jetzt den selben Weg zu nehmen wie die US-Armee? Bei einem weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit könnte auch hierzulande der Dienst in der Armee zum scheinbaren Ausweg für Kinder aus armen Familien werden – ein Weg, der aus der Armut direkt in den Tod führen kann.



8. Enrico: »Und jetzt vergisst man uns«

Rund 300 000 Soldaten der Bundeswehr waren in den letzten 18 Jahren im Auslandseinsatz. Vor allem aus Afghanistan kehren viele kriegsversehrt heim. Manche mit bleibenden körperlichen Schäden. Viele aber mit psychischen Problemen, die aus einer so genannten Posttraumatischen Belastungsstörung (PTBS) resultieren. Über die Zahl der PTBS-Fälle gibt es unterschiedliche Schätzungen. Offiziell geht die Bundeswehr derzeit von über 900 Fällen pro Jahr aus. Die Bundeswehr lässt jedoch diejenigen Fälle außer Acht, die erst nach Beendigung der Dienstzeit auftreten.

Einer der bislang nicht erfassten Fälle ist der ehemalige Zeitsoldat Enrico H. aus Leipzig. Bei Gefechten in Afghanistan Anfang 2009 erlitt er ein traumatisches Leiden, das ihn auch in Deutschland weiter verfolgt. Unterstützung seitens der Bundeswehr fand er keine:

»Meine Nachversorgung 2009 war die Katastrophe. Nachdem unsere Kompanie durch die

intensivste Periode von Kämpfen gegangen war, die die Bundeswehr bis dahin überhaupt in Afghanistan gehabt hatte, hatten wir zu Hause eine Nachbereitung von drei Tagen. Drei Tage – lachhaft. Ich wurde dann sofort in eine andere Einheit versetzt, die mit dem, was ich durchgemacht hatte, nichts anfangen konnte. Ich konnte irgendwann nicht mehr.«

Bis zum Jahr 2009 gab es für die übergroße Mehrzahl von PTBS-Opfern keine Anerkennung,

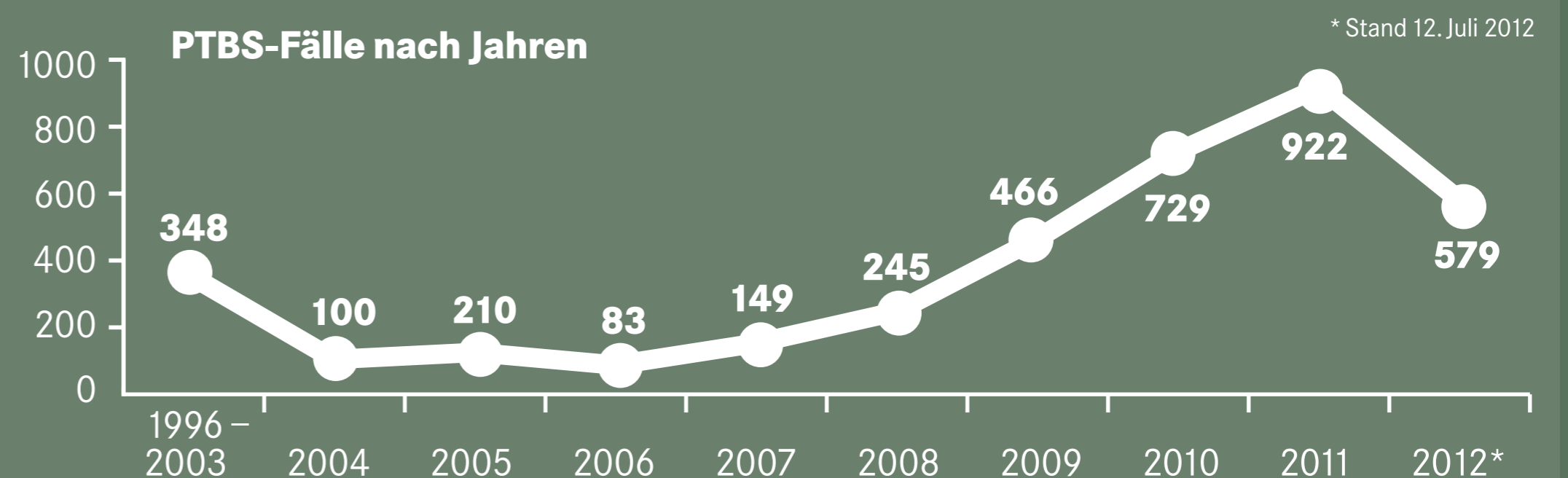


Foto: Jan Weien

geschweige denn finanzielle Hilfe. Eine Übernahme von Zeitsoldaten durch eine zivile Stelle im öffentlichen Dienst erfolgt bis heute nur in den Fällen, in denen eine 50 Prozent Erwerbsfähigkeitsminderung anerkannt wird. Für jene Zeitsoldaten, die nicht als versehrt anerkannt werden, sind Betreuungsmaßnahmen zur Wiedereingliederung ins zivile Leben generell nicht vorgesehen. Dabei ist Langzeit-Arbeitslosigkeit unter ausgeschiedenen Zeitsoldaten weit verbreitet. Einer der Gründe sind die PTBS-Traumata.

Auch Enrico H. ist seit seinem Austritt aus der Bundeswehr arbeitslos. Schon in seiner Dienstzeit wurde er von Arzt zu Arzt geschickt, heute ist es der neunte. Statt wirkliche Hilfe zu erhalten, war er ständig mit neuen Diagnosen konfrontiert:

»Da hab ich mich gefragt, was das soll. Unser alter Hauptgefreiter hat das so schön zusammengefasst: Erst hat man uns den Krieg schmackhaft gemacht und jetzt vergisst man uns.«





9. Die Wiedergewöhnung an Krieg und die Gründe

Deutsche Soldaten nun wieder in alle Welt. Aber warum eigentlich? Einen Hinweis gibt das Schicksal Horst Köhlers. Er musste als Bundespräsident im Frühjahr 2010 zurücktreten – weil er zu ehrlich war. In einem Interview hatte er erklärt, dass »auch militärischer Einsatz nötig ist, um unsere Interessen zu wahren, zum Beispiel freie Handelswege [...] zu sichern«.

Dabei hatte Köhler nur wiederholt, was in den gültigen »verteidigungspolitischen Richtlinien« der Bundesregierung von 2011 geschrieben steht:

»Die Erschließung, Sicherung von und der Zugang zu Bodenschätzen, Vertriebswegen und Märkten werden weltweit neu geordnet. [...] Deshalb werden Transport- und Energiesicherheit [...] künftig [...] eine wachsende Rolle spielen. [...] Durch die Befähigung zum Einsatz von Streitkräften ist Deutschland in der Lage [...] seinen Einfluss, [...] seine Mitsprache [...] sicherzustellen.«



So sah die Berliner Zeitung vom 3. Juni 2010 den Sinn der öffentlichen Bundeswehr-Gelöbnisse.

Es gibt keinen Krieg ohne Beschönigung der Kriegsziele. Denn Kriege sind so unpopulär, dass sie verklärt werden müssen. Auch kann die Bundeswehr ihre Personalprobleme nicht lösen, wenn zu laut ausgesprochen wird, wozu diese Auslandseinsätze dienen.

Es geht vor allem darum, dass die deutsche Wirtschaft nicht das Nachsehen hat, wenn andere Großmächte sich im Interesse »ihrer«

Unternehmen im Mittleren Osten oder anderswo um Einflussphären, Aufträge und Rohstoffe streiten. Für solche Ziele soll wieder getötet und gestorben werden? Eine Politik, die nicht die Friedensbewahrung, sondern die Durchsetzung deutscher Wirtschaftsinteressen zum Ziel erklärt, verstößt gegen Grundgesetz und UN-Charta. Auch neue Angriffskriege in Europa wären damit zu rechtfertigen.



10. Widerstand und Alternative: Zivil statt Militärisch



Soldatinnen und Soldaten werden für solche Großmacht-Bestrebungen instrumentalisiert. Sie dienen nicht Deutschland, wie es der Werbeslogan der Bundeswehr vorgibt, sondern den Scheckbüchern und Macht-Ambitionen Weniger. Viele derjenigen, die erkennen wofür sie instrumentalisiert wurden, beginnen etwas zu tun.

In den USA und anderen westlichen Ländern haben sich zum Beispiel kritische Veteranenverbände gebildet.

2010 brachte die Fuldaer DGB-Vorsitzende Karin Masche die Fuldaer Erklärung auf den Weg – als Reaktion auf den Tod eines Soldaten aus ihrer Region. In ihr heißt es:

»Die Bundeswehr bringt keine Lösung des Konflikts (in Afghanistan), sie ist längst Teil des Problems. [...] Deshalb fordern wir: den sofortigen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan [...] und zivile Berufsbildungsprogramme für Jugendliche und Bundeswehrangehörige.«

Initiativen wie die Fuldaer Erklärung oder Aktivitäten gegen die Bundeswehrpräsenz an Schulen zeigen den richtigen Weg. Es geht darum, der Bundeswehr-Propaganda in der Öffentlichkeit entgegenzutreten. Die Armee ist kein »normaler« Arbeitgeber. Ihre Aufgabe ist es, junge Menschen zum Töten auszubilden. Zum ihrem Berufsrisiko gehört es, selbst getötet zu werden – oder lebenslange Schäden davonzutragen. Für Jugendliche und junge Erwachsene

muss es eine wirkliche soziale Zukunftsperspektive geben – einen sicheren Arbeitsplatz und einen funktionierenden Sozialstaat.

DIE LINKE fordert:

- die Beendigung der Auslandseinsätze der Bundeswehr
- die umfassende soziale und medizinische Betreuung aller Rückkehrer und Programme zur zivilen Wiedereingliederung
- einen Ausbildungsplatz für alle Schulabgänger
- mehr Strukturhilfe für benachteiligte Regionen – in Ost und West
- eine auf Frieden und globale Gerechtigkeit zielende Außenpolitik.

»Mit viel weniger Geld als für den Afghanistan-Einsatz aufgebracht wird, könnte man ungleich mehr Menschen vor dem Tod durch Hunger oder durch Krankheit bewahren, ohne dass man einen einzigen Menschen dafür töten müsste. Wir bleiben dabei: Krieg darf kein Mittel der Politik sein.« (Oskar Lafontaine in der Aktuellen Stunde zum Bombenabwurf von Kundus, 9. September 2009)

